

Menschenwürde und Demokratie verteidigen



Ulrike Egger
Landessekretärin

In dieser Ausgabe haben wir das Problem des Lohndumpings zum Thema gemacht. Seit einigen Jahren beobachten wir mit Sorge eine regelrechte Erosion des Kollektivvertragssystems, die zum Abbau von Schutzbestimmungen und zur Reduzierung von Löhnen geführt hat. Einerseits scheren immer mehr Arbeitgeberverbände einzelner Sektoren aus den Dachverbänden aus und erheben die Forderung nach eigenen sektorenspezifischen Kollektivverträgen. Andererseits grassiert das Phänomen der sogenannten „Piratenkollektivverträge“. Wir zeigen die letzten negativen Entwicklungen auf und erklären, warum dies möglich ist. Natürlich könnten die ArbeitnehmerInnen, die für einen Betrieb arbeiten, der einen „billigeren“ Kollektivvertrag anwendet, diesen anfechten. Aber eine juristische Auseinandersetzung scheuen viele, aus Angst, nicht weiter beschäftigt zu werden.

Dem Mut von drei Arbeitnehmern ist es zu verdanken, dass wir einen Fall von Lohndumping in einem Überetscher Unternehmen aufdecken und im Interesse der Arbeitnehmer abschließen konnten.

Nicht zuletzt verschärft Lohndumping die Armutsgefährdung. Trotz eines boomenden Arbeitsmarktes leben in Südtirol laut einer Studie* 16 % der Arbeitnehmerfamilien mit nur einem Lohneinkommen an der Armuts-grenze. Faktoren, die dazu beitragen, dass Menschen trotz Arbeit nicht genug Geld zum Leben haben, sind: Teilzeitarbeit und befristete Beschäftigung (z.B. im Gastgewerbe, aber auch im Handel) oder ein zu niedriges Einkommen trotz Vollzeiterwerbstätigkeit

(z.B. in den privaten Dienstleistungen wie Reinigung, private Wachdienste, Friseurhandwerk). Das durch Erwerbsarbeit erzielte Einkommen muss jedem und jeder abhängig Beschäftigten eine eigene Existenzsicherung und ein Leben in Würde und Unabhängigkeit ermöglichen. Armut trotz Vollzeitjob ist beschämend und menschenunwürdig. Und die Missachtung der Menschenwürde verstößt gegen die Grundregeln einer demokratischen Gesellschaft und ist ein Nährboden für antidemokratische Bewegungen.

In diesem Zusammenhang muss es erlaubt sein, darüber nachzudenken, ob nicht die lokale Politik aus ihrer sozialpolitischen Verantwortung heraus die Weichen stellen kann, um die Südtiroler Arbeitgeberverbände zu überzeugen, über Landes-satzverträge das Erwerbseinkommen der Beschäftigten in unserem teuren Südtirol anzuheben. SVP und Lega haben sich im Regierungsprogramm vorgenommen, das Thema Lohnentwicklung anzugehen, um zu gewährleisten, „dass man in Südtirol von seiner Arbeit gut leben kann“. Wir fordern die neue Regierung auf, sich bald an die Umsetzung zu machen, denn ein existenzsicherndes Einkommen ist unverzichtbar für Menschenwürde und Demokratie.

Ulrike Egger

„Die Freiheit des Einzelnen hängt von wirtschaftlicher Sicherheit und Selbständigkeit ab. Bedürftige Menschen sind keine freien Menschen. Hungerige und Arbeitslose fördern Diktaturen.“

Franklin Delano Roosevelt
Präsident der Vereinigten Staaten von 1933-1945

LETARTIKEL

Menschenwürde und Demokratie verteidigen



In dieser Ausgabe haben wir das Problem des Lohndumpings zum Thema gemacht. Seit einigen Jahren beobachten wir mit Sorge eine regelrechte Erosion des Kollektivvertragssystems, die zum Abbau von Schutzbestimmungen und zur Reduzierung von Löhnen geführt hat. Einerseits scheren immer mehr Arbeitgeberverbände einzelner Sektoren aus den Dachverbänden aus und erheben die Forderung nach eigenen sektorenspezifischen Kollektivverträgen. Andererseits grassiert das Phänomen der sogenannten „Piratenkollektivverträge“. Wir zeigen die letzten negativen Entwicklungen auf und erklären, warum dies möglich ist. Natürlich könnten die ArbeitnehmerInnen, die für einen Betrieb arbeiten, der einen „billigeren“ Kollektivvertrag anwendet, diesen anfechten. Aber eine juristische Auseinandersetzung scheuen viele, aus Angst, nicht weiter beschäftigt zu werden.

* „Armutsgefährdung trotz Erwerbsarbeit“, Studie des Arbeitsförderungs-Instituts und des Sozialforschungsinstituts Apollis, Bozen 2018